

Clara Zetkin

Der deutsche Stalinismus

Eine politische Abrechnung in zwei Briefen
Herausgegeben von Jörn Schütrumpf

VSA:



Clara Zetkin
Der deutsche Stalinismus

Dr. Jörn Schütrumpf war bis 2022 Leiter der Fokusstelle Rosa Luxemburg am Historischen Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er hat u.a. die Schriften von Paul Levi und die Briefe Clara Zetkins herausgegeben. Zuletzt veröffentlichte er im VSA: Verlag den Band »Deutsche mit Anstand (2023), »Fememorde der deutschen Rechten« (2024) und »Putsch statt Revolution« (2025).

Clara Zetkin

Der deutsche Stalinismus

Eine politische Abrechnung in zwei Briefen

Herausgegeben von Jörn Schütrumpf

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons

Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License

(abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2026, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Clara Zetkin und Rosa Luxemburg auf dem Weg zum SPD-Parteitag im Luisenpark in Magdeburg 1910.

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-280-6

Inhalt

Jörn Schütrumpf

Die Geburtsurkunde der Stalinismus-Analyse 7

Zur Krise in der KPD

An die Delegation der KP[d]SU, an das EKKI 14

[Zur Krise in der KPD]

Nachschrift 137

Abkürzungsverzeichnis 173

Jörn Schütrumpf

Die Geburtsurkunde der Stalinismus-Analyse

Den Vorschlag, ab 1911 *weltweit* jährlich einen Tag der Frauen, einen Frauentag, zu veranstalten, unterbreitete – zusammen mit ihrer Freundin Käte Duncker (1871–1953)¹ – die erste und letzte Internationale Sozialistische Frauensekretärin, die Clara Zetkin (1857–1933)² seit 1907 war, 1910 in Basel der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz. Der erste Frauentag war zuvor am 28. Februar 1909 in den USA begangen worden; Auslöser war ein Streik von Textilarbeiterinnen in New York, die gegen schlechte Arbeitsbedingungen und für das Wahlrecht kämpften.

Clara Zetkin, eine Französisch-, Englisch- und Italienischlehrerin aus Sachsen, hatte eine Frauenrechtlerin mit französischen Wurzeln zur Mutter – von ihr soll sie ihr, nicht nur von Männern gefürchtetes, Temperament geerbt haben; ihr Vater, ein Kantor und Organist, war – da schwankt das Bild in der Historiographie – entweder konservativ oder liberal, wahrscheinlich stimmt Letzteres. Als junge Frau hatte Clara Zetkin die Zeit des bismarckschen [Anti-]Sozialistengesetzes (1878–1890) weitgehend im französischen Exil verbracht – zusammen mit ihrem aus Odessa stammenden Mann Ossip (geb. 1850), einem russisch-jüdischen Sozialisten, der im Januar 1889 an Tuberkulose starb und sie mit zwei kleinen Söhnen (geb. 1883 und 1885) zurück ließ. Später war Clara Zetkin viele Jahre mit einem 17 Jahre jüngeren Kunstmaler³ zusammen; sie bauten nicht zuletzt in Sillenbuch bei Stuttgart gemeinsam ein gastfreundliches Haus.

¹ Käte Duncker (1871–1953) gehörte wie ihr Mann Hermann (1874–1960) zu den Aktivisten der deutschen Vorkriegslinken, zur Führung der »Gruppe Internationale« (Spartakusgruppe) und der KPD; wie ihr Mann wurde sie unter der Fischer-Maslow-Führung kaltgestellt; 1938 emigrierte sie in die USA; durch den Verlust ihrer Söhne Karl (Selbstmord in den USA) und Wolfgang (der als Anhänger Bucharins in Moskau 1937 verhaftet wurde und 1942 in einem Lager in Workuta ums Leben kam) war sie so zermürbt, dass sie nach ihrer Rückkehr in die SBZ politisch nicht mehr aktiv wurde und auch nicht um die formale Aufnahme in die SED nachsuchte; vgl. auch Käte und Hermann Duncker: Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953), hrsg. von Heinz Deutschland unter Mitarbeit von Ruth Deutschland (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus XX, hrsg. von Klaus Kinner), Berlin 2016.

² Zu Clara Zetkin, wenn auch nicht mehr in jeder Hinsicht auf dem Forschungsstand, so doch immer noch das Seriöseste: Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, aus dem Französischen von Florence Hervé und Ingeborg Nöding, Berlin 1994.

³ Friedrich Zundel (1875–1948), er verließ Clara Zetkin wegen der einzigen Tochter des zum Großindustriellen aufgestiegenen Mechanikers Robert Bosch (1861–1942).

Auf Bitten des SPD-Vorsitzenden August Bebel (1840–1913) hatte die junge polyglotte Witwe anlässlich des 100. Jahrestages der Großen Revolution der Franzosen im Juli 1889 in Paris – mit dem Ziel der Gründung einer »Sozialistischen Internationale« – einen Internationalen Sozialistenkongress organisiert. Eigentlich war vorgesehen, dass nur Männer reden – es sollte ein verlängerter Herrenabend werden.

Doch Clara Zetkin verstieß, wie so häufig in ihrem Leben, gegen männliche Selbstverständlichkeiten, ergriff ungefragt das Wort und forderte nicht nur das Wahlrecht, sondern die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen von den Männern. Anders sei Emanzipation nicht machbar. Ab 1891 redigierte sie in Stuttgart die weltweit erfolgreichste sozialistische Frauenzeitschrift, die »Gleichheit«, und machte sie nach Beginn des Ersten Weltkriegs am 1. August 1914 zu einem viel gelesenen Antikriegsblatt. Damit geriet Clara Zetkin – natürlich – in Gegensatz zur SPD-Führung: Die machte »Vaterlandsverteidigung«, und schmiss Anfang 1917 die unterdessen fast Sechzigjährige aus der Redaktion. Für die zu Ostern 1917 in Gotha gebildete Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), ein Sammelsurium politisch sehr unterschiedlich verorteter sozialdemokratischer Kriegsgegner, redigierte Clara Zetkin fortan wöchentlich die Frauenseite der »Leipziger Volkszeitung«, einer großen und einflussreichen Tageszeitung.

Eine weitere linke Partei lehnte Clara Zetkin vehement ab und war während der deutschen Novemberrevolution 1918 sogar bereit, mit Rosa Luxemburg, ihrer engsten politischen Freundin, zu brechen.⁴ Die Sorge war jedoch unberechtigt, Rosa Luxemburg wollte – anders als ihre russischen Feind-Freunde um Lenin – ebenfalls keine dritte linke Partei, kam aber in Berlin Ende 1918 in eine so schwierige Lage, dass sie am Jahreswechsel zu einer Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

⁴ »[August] Thalheimer [1884–1948] und [Fritz] Rück [1895–1959] waren für die sofortige Trennung. Sie wollten heute schon eine selbständige Partei gründen. Sie erklärten, dass ihrer Überzeugung nach und soweit sie aus bestimmten Indizien schließen könnten, auch Du für sofortige Verselbständigung seiest. Ich sagte ihnen, dass ich das nicht zu glauben vermöchte. Ich hatte eine lange und leidenschaftliche Aussprache mit ihnen, die aber ihre Auffassung nicht zu ändern vermochte. Ich sagte ihnen, dass meine Überzeugung mir verwehre, jetzt die Scheidung mitzumachen, dass ich aber – um Missdeutungen zu vermeiden und in keine schiefe Stellung zu geraten – die Redaktion des Frauenblatts niederlegen würde. Einige Tage später hatte ich das [Telefon-]Gespräch mit Dir, und ich atmete befreit auf, dass Du und Leo [Jogiches, 1867–1919] meine Auffassung teilt. Es hätte zu dem Schmerzlichsten in meinem schmerzreichen Leben gehört, hätte ich mich in so entscheidender Sache und Stunde von Dir trennen müssen.« Clara Zetkin an Rosa Luxemburg, 17. November 1918, in: Clara Zetkin: Die Kriegsbriefe, hrsg. von Marga Voigt, Berlin 2016, S. 440.

wurde; am letzten Tag musste sie ohnmächtig aus dem Saal im durch Revolutionäre besetzten Preußischen Herrenhaus getragen werden. Kurz darauf, am 15. Januar 1919, wurden sie und der Politstar der deutschen Linken, Karl Liebknecht, in Berlin ermordet. Währenddessen wurde Clara Zetkin – eine erfahrene Rednerin – in Württemberg für die USPD zur Abgeordneten gewählt und hielt in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus als erste Frau eine Parlamentsrede.

Mit der Schaukel-Politik der USPD-Führung unzufrieden und gegenüber der gemeichelten Rosa Luxemburg in einem Loyalitätskonflikt verfangen, verständigte sie sich letztlich mit Leo Jogiches⁵ – er hatte gegen die Gründung der Partei gestimmt, dann aber trotzdem mitgemacht –, auf dem Berliner USPD-Parteitag Anfang März 1919 ihren Wechsel zur KPD bekannt zu geben. In der Nacht danach wurde Jogiches von einem Wachtmeister im Gerichtsgefängnis Moabit hinterrücks ermordet; der Wachtmeister erhielt wenig später eine Beförderung.

Plötzlich fand sich Clara Zetkin in einer Partei wieder, die sie nicht gewollt hatte – ganz allein unter vielen radikalisierten, weitgehend ungebildeten jungen Männern sowie einigen »jung« gebliebenen, also nie erwachsen gewordenen älteren Herren. Ein politisches Schwergewicht bildete nur ein 25 Jahre jüngerer Anwalt, ebenfalls aus Württemberg. Paul Levi (1883–1930)⁶ – 1914 hatten Rosa Luxemburg und er, 12 Jahre jünger, für einige Monate mehr als nur die Überzeugung geteilt⁷ – hatte während des Weltkrieges in der Schweiz zum engsten Kreis um Lenin gehört und mit dem deutschen Konsul in Bern Lenins Rückkehr ins revolutionäre Russland durch das mit Russland verfeindete Deutschland ausgehandelt. Anders als es in der Literatur oft heißt, fuhr Lenins Gruppe in einem *unplombierten* Wagon bis nach Sassnitz auf Rügen.

Nach einigen Mühen gelang es Clara Zetkin im Mai 1919, Levi für die Führung der KPD zu gewinnen, die sie bis Februar 1921 beide zusammen führten, er formell, sie eher informell, mit ihm auf gleicher Augenhöhe. Die Dritte im Bunde war Mathilde Jacob, eine jüdische Fleischerstochter aus Berlins Mitte und Vertraute Rosa Luxemburgs, weit mehr als nur eine Sekretärin. Sie hatte während des Weltkrieges zusammen mit Leo Jogiches die illegalen, weitgehend von der inhaftierten Rosa Luxemburg und Levi

⁵ Leo Jogiches (1867–1919) war Rosa Luxemburgs einstiger langjähriger Partner und verblieb als einziger ebenso erfahrener wie fähiger Kopf in der KPD-Führung.

⁶ Vgl. Paul Levi: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, 7 Bände, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2016 bis 2023.

⁷ Vgl. Rosa Luxemburg: Die Liebesbriefe, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2012, S. 233–254, 303ff.

verfassten »Spartakusbriefe« in Berlins Köpenicker Straße fertigen lassen und unter die Leute gebracht.

Als die Bolschewiki im Februar 1921 durch Bauernaufstände und den Aufstand ihrer eigenen Kronstädter Elitetruppen in arge Bedrängnis gerieten, verlangten sie von Levi und Zetkin eine deutsche Revolution. Angesichts dieses Wahnsinns traten beide sofort zurück. Die »Revolution«, die dann die jungen Männer veranstalteten, nannte sich Mitteldeutscher Aufstand, endete in einem totalen Desaster und halbierte die KPD-Mitgliedschaft.⁸ Levi schrieb eine Broschüre⁹ und wurde für sie – nach bolschewistischer Art – stante pede aus der Partei ausgeschlossen.

An die international weithin bekannte Clara Zetkin wagte man sich jedoch nicht so ohne Weiteres heran. Ihr Ausschluss sollte erst während des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale im Juli 1921 in Moskau vollzogen werden, am liebsten durch Lenin selbst. Doch dem passte das überhaupt nicht. Stattdessen gelang es ihm, Clara Zetkin, die letzte aus der Sozialistischen Internationale bei den Kommunisten Verbliebene, zu einem Kompromiss zu überreden: Sie stieg in die Führung der Internationale ein und übernahm in Moskau einige Ämter, u. a. die internationale Frauenarbeit der Kommunisten. Die Trennung vom nicht kompromissbereiten Levi war jetzt natürlich unvermeidlich.

An das, was Clara Zetkin bis in den Herbst 1923 als »Bolschewistin« tat, mochte sie später nur wenig erinnert werden. Nach Lenins offiziellem Tod im Januar 1924 – sein Geist war schon Monate zuvor verschieden – kehrte sie endgültig aus ihrer »bolschewistischen Trance« zurück in ihr altes Leben.

Ab 1920 Abgeordnete des Deutschen Reichstags sowie 1932 als dessen Alterspräsidentin war Clara Zetkin ab 1921 Mitglied des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI); Ehrenpräsidentin der Internationalen Arbeiterhilfe; Vorsitzende des Roten Frauen- und Mädchenbundes und und und ...

Als Clara Zetkin im Oktober 1929 diesen hier veröffentlichten Brief schrieb, lief in der UdSSR schon seit Juni 1928 der Bürgerkrieg gegen die Bauernschaft, Kollektivierung genannt; dass allerdings Millionen Menschen ihr Leben verlieren bzw. im GULag verschwinden würden, lag noch außerhalb des allgemeinen Vorstellungsvermögens.

⁸ Vgl. Jörn Schütrumpf: Putsch statt Revolution. Die Kommunistische Internationale in Mitteldeutschland 1921. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2025.

⁹ Vgl. Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, in: ders.: Ohne einen Tropfen Lakaienblut, Bd. I-3, S. 586–633.

Als Clara Zetkin diesen Brief schrieb, waren die von Mord und Totschlag kündenden Schauprozesse gegen Ingenieure und die Menschewiki (1928, 1930) noch nicht alle zu Ende.

Als Clara Zetkin diesen Brief schrieb, hatten die Kommunisten noch nicht angefangen, sich gegenseitig abzuschlachten; das begann erst 1936.

Als Clara Zetkin diesen Brief schrieb, hatte Hitlers Aufstieg gerade erst begonnen; an so etwas wie an einen Hitler-Stalin-Pakt, der es Hitler erlaubte, größere Teil der Ressourcen Europas zusammenzurauben, um sich dann auf die UdSSR zu stürzen, war nicht einmal im Ansatz zu denken.

Als Clara Zetkin diesen Brief schrieb, wusste niemand, dass Stalins Variante der »Weltrevolution« in der Unterjochung fremder Völker bestand, wie es nach dem – nicht zuletzt durch Stalins Unfähigkeit entfesselten – Zweiten Weltkrieg in Osteuropa geschah.

Als Clara Zetkin diesen Brief schrieb, konnte sich niemand vorstellen, dass Stalin ab 1952 versuchen würde, in seinem Herrschaftsbereich Hitlers Judenvernichtung zu vollenden; nur Stalins Tod im März 1953 rettete den Überlebenden des Holocaust das Leben etc. etc.

Zuvor verfasste im Herbst 1929 Clara Zetkin diese über Jahrzehnte im Archiv vergrabene erste Stalinismus-Analyse – so wie diese Politikerin sechs Jahre zuvor, im Juni 1923, an Julius Spitz-Sas alias Giulio Aquila anknüpfend, eine frühe, aber bis heute durchaus anregende Faschismus-Analyse vorgelegt hatte. Während ihre Analyse von 1923 immerhin noch veröffentlicht und gelobt, in der Politik jedoch ignoriert wurde, verschwand Clara Zetkins Brief vom Oktober 1929 samt seinem Nachtrag vom März 1930 sofort im Archiv.

Ohne das Wort Stalinismus auch nur zu benutzen, zählte Clara Zetkin einige Merkmale auf, die – wenn oft auch noch nicht schon Stalinismus, so doch – seine Voraussetzung bedeuten. Spätestens unter Stalin war die UdSSR nicht mehr der Kern eines internationalistischen, stattdessen eines großrussischen, auf einen stets vorsichtigen Imperialismus ausgelegten Projekts.

Halten wir fest: Es ging nicht nur um die Verhinderung und, wo schon vorhanden, um die Austreibung von Demokratie aus Gesellschaft und vielfältiger Arbeiterbewegung – das hatte schon Lenin in die russische und dann in die internationale Arbeiterbewegung hineingetragen –, sondern um die Austreibung der Demokratie aus den Bolschewiki und den ihnen angeschlossenen Organisationen selbst, national wie international. Das bewerkstelligte erst Stalin. Demokratie wurde durch Hierarchie und militärischen Zentralismus ersetzt – alles im Namen des Sozialismus. Freies Denken als Voraussetzung für sozial befreiendes Handeln geriet als

Ketzerei – »Opportunismus«, »Reformismus«, »Revisionismus«, »Sozialdemokratismus« – auf den Index.

Organisatorische Maßregelungen ersetzten die Austragung von Meinungsgegensätzen. Dieses Erbe hatte Lenin, der ewige Spalter und Ausschließer, hinterlassen. Das musste Stalin nur noch um die »organisatorischen Maßregelungen« GULag und Standgericht »ergänzen«.

Der Widerspruch zwischen der aus der Situation entspringenden Notwendigkeit und der Fähigkeit, ihr gerecht zu werden, kurz gesagt: Politik, wurde nie versucht aufzulösen. So wird ein Weg zwangsläufig in die Niederlage gelenkt, im Stalinismus allerdings über den »Umweg« Gewalt, mit der der eigene Untergang wohl verzögert, aber nicht abgewendet werden kann.

An die Stelle ernsthafter Arbeit traten Phraseologie und Demagogie. Das führte nicht nur zur Entfremdung von den eigenen und potenziellen Anhängern, sondern letztlich in die Gewalt. Denn Demagogie ist ohne Gewalt nicht dauerhaft »erfolgreich«.

Unehrlichkeit sich und anderen gegenüber – letztlich ein ständiges Versteckspiel – wird selbstverständlich, woraus die Unfähigkeit und die Unwilligkeit erwachsen, notwendige Korrekturen vorzunehmen, geschweige denn, es öffentlich zu tun. Auch diese selbstgestellte Falle hat früher oder später nur einen Ausgang: den, der in die Gewalt führt.

Die Ersetzung politischen Denkens und Handelns durch Organisationsfetischismus zeugte zudem Selbstentmachtung.

Die Gewerkschaften – für Arbeiter das eigentliche Kampffeld zum Erlernen von Demokratie – wurden nicht als das wichtigste Gebiet der Parteiarbeit behandelt, um nicht zuletzt Arbeitern Selbstbewusstsein, Bewusstheit des eigenen Urteils und Selbstreflexion zu ermöglichen, sondern es wurde die Abspaltung von urteilsarmen Mitgliedern und ihre Zusammenfassung in Gewerkschaften, die der Partei Untertan waren, betrieben.

Statt anstrengender Bündnispolitik wird die Spaltung sonstiger überparteilicher Organisationen und die Gründung eigener (Sport, Frauen, Jugend, Gefangenenhilfe, Freidenker etc.) betrieben. Das Ergebnis: Selbstisolation.

All diese Punkte führte Clara Zetkin detailliert aus und schuf so – es ist wenig wahrscheinlich, dass sie sich dessen bewusst war – die Geburtsurkunde der Stalinismus-Analyse.

Folgt man Leo Trotzki – Stalin hat ihn bis aufs Blut bekämpft und 1940 in Mexiko-Stadt ermorden lassen –, wäre Clara Zetkin nie und nimmer in der Lage gewesen, diesen Brief zu verfassen:

»Clara Zetkin ist schon längst zu einer rein dekorativen Figur des Präsidiums des EKKI geworden. Diese harten Worte hätten vermieden werden können, wenn Clara Zetkin nicht als pathetischer Deckmantel für Methoden gebraucht würde, die nicht nur sie selbst kompromittieren, sondern auch der Sache des internationalen Proletariats unermesslichen Schaden zufügen. Die Stärke Zetkins bestand immer in ihrem Temperament. Geistige Selbständigkeit hat sie nie besessen.«¹⁰

The rest is silence.

Vorhang auf – für die geistig »unselbständige« Clara Zetkin!

¹⁰ Leo Trotzki: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale? Mit Anhang: Lenins Testament (Kommunistische Aktions-Bibliothek, hrsg. von Franz Pfemfert), Berlin 1930, S. 14f.

Zur Krise in der KPD

An die Delegation der KP[d]SU, an das EKKI

Die Kommunistische Internationale befindet sich zur Zeit unstreitig in einem krisenhaften Zustand. Schwere Krisen in der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Tschechoslowakei, der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Eine äußerlich überwundene, aber tatsächlich fortbestehende, sich verschärfende Krise in unserer französischen Sektion. In Schweden und Norwegen eine sich ankündigende Krise, die sich auf Dauer nicht aufhalten lässt.¹ Die Kommunistische Partei Österreichs [ist] mehr eine verklingende Sage als eine aufsteigende politische Macht. In anderen nationalen Sektionen ein unbefriedigendes Wachsen und Erstarken der Organisation, ihrer Aktionsfähigkeit und Kampfkraft, gemessen an den objektiven Voraussetzungen, die die Weltrevolution vorwärtstreiben und den dadurch gestellten Aufgaben. Einstimmig oder mit erdrückender Mehrheit gefasste Beschlüsse von Konferenzen und Parteitagern können ebenso wenig über diesen Stand der Dinge hinwegtäuschen wie die dort aufdringlich gesungenen Lieder des Selbstlobs von der unfehlbaren Richtigkeit der formulierten Analysen und Perspektiven, von dem Wert der erreichten Leistungen. Worte sind nicht Wirklichkeiten. Lenin hat stets Selbsttäuschung und Selbstbetrug auf das Schärfste gegeißelt. Aussprechen, was ist,² bedeutet den ersten Schritt zur Überwindung vorhandener Übel.

Das Wesentliche und Gefährliche der Krisen in der KI besteht meines Dafürhaltens nicht in dem Vorhandensein von Meinungsgegensätzen, die auf dem Boden des gemeinsamen, einheitlichen Willens erwachsen, die proletarische Weltrevolution zu beschleunigen und durchzuführen, mögen diese Meinungsgegensätze innerhalb der einzelnen nationalen Sektionen noch so scharf sein und noch so hart, leidenschaftlich aufeinanderprallen. Das Wesentliche dünken mir die Tatsachen und Erscheinungen, aus denen die Meinungsverschiedensätze emporschießen und die wir als Bekenner und Praktiker des historischen Materialismus durchleuchten und erfassen müssen. Als gefährlich erachte ich das Wie, das Um und Auf in der Austragung der Meinungsgegensätze. An Stelle der //grundsätzlichen, der

¹ Im Original: »lassen«.

² »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer »das laut zu sagen, was ist.« Rosa Luxemburg: In revolutionärer Stunde: Was weiter?, in: dies.: GW, Bd. 2, Berlin 1970ff., S. 36.

theoretischen und praktischen // ³ Auseinandersetzung tritt die organisatorische Maßregelung, die erfahrungsgemäß Ideenwirrwarr weiterbestehen lässt und unvermeidlich zu Spaltung und Splitterungen der Parteien führt.

Als Beispiel eine gedrängte Charakterisierung der Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Nicht nur und nicht allein, weil ich mit dem Leben und Regen dieser Partei seit seinen ersten Anfängen auf das Engste verbunden bin, es auf das Gewissenhafteste verfolge und die dafür gegebenen objektiven Bedingungen zufolge meiner Betätigung unter dem deutschen Proletariat gut kenne. Vielmehr auch weil die Krise in der KPD in nationaler Prägung krisenhafte internationale Erscheinungen und Tendenzen besonders scharf und klar zum Ausdruck bringt.

Grundlage der Krise ist das schreiende Missverhältnis zwischen diesen beiden Tatbeständen: die geschichtlich gegebene Notwendigkeit und Pflicht für die Kommunistische Partei, sich zur revolutionären Klassenpartei zu entwickeln, der Führerin des Proletariats und der von ihr geleiteten Werktätigen mit Hand und Hirn im Befreiungskampf gegen den Kapitalismus auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Schwäche und Unfähigkeit der Partei, dem Gebot der Stunde in dem erforderlichen und möglichen Maße gerecht zu werden. Das Missverhältnis ist um so hervorstechender und schmerzhafter, als die ungezügelte Herrschaft des organisierten Monopolkapitals, das Erstarken des beutehungrigen neuen deutschen Imperialismus und der tagtägliche Verrat der Interessen der Proletarier, der Werktätigen, der durch die reformistische Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften wichtige objektive Umstände für den Aufstieg der KPD zur Sache der gekennzeichneten Pflichterfüllung schaffen.

* * *

Ausgangspunkt der heutigen Krise ist der Parteitag in Frankfurt a. M. 1924. Er stand unter dem Eindruck von Stimmungen, die begreiflich genug in weiten Kreisen der Parteigenossen durch die Erlebnisse vom Herbst 1923 erzeugt worden war und die dabei zu Tage getretenen schweren Fehler und Schwächen der Partei und ihrer Führer. Der Parteitag sah die Fehler und Schwächen in der falschen, künstlichen Beleuchtung ultralinken Fraktions-einstellung und Fraktionsbestrebungen und buchte sie auf das Konto ausschlaggebender »rechter« Elemente und Tendenzen. Er vergaß, dass Partei und Führung, »Rechte« und »Linke« sich einträchtig-gemeinsam schuldig gemacht hatten. Er war blind für die begangenen wirklichen

³ Handschriftliche Einfügung.

Fehler, die ganz anderer Art waren als jene erdichteten, mit denen die durchaus unmarxistische, unleninistische Legende von der »verpassten« und »verratenen« Revolution großgepöppelt wurde und weiter genährt wird. Er verzichtete auf eine gründliche Überprüfung und Würdigung der wirtschaftlichen und politischen Tatbestände, auf deren Grundlage sich die Ereignisse von 1923 entwickelt hatten. Der Parteitag ging ebenso mit völliger Nichtbeachtung an der großen und entscheidenden Mitschuld vorüber, die in dieser Sache die Führung der Kommunistischen Internationale belastet. Es ist auch mein Mitverschulden, das anerkenne ich unumwunden. Getäuscht und geblendet durch falsche Zahlen und Tatsachenangaben, die ich damals unmöglich nachprüfen konnte, stimmte ich den betreffenden Beschlüssen des EKKI zu, deren Irrigkeit ich erst später festzustellen vermochte.

Aus dem Parteitag zu Frankfurt a. M. ging eine als »links« angestrichene Zentrale hervor, in der Hauptsache zusammengesetzt aus diesen beiden Elementen: aus »Ultras« von auffälligem Mangel an ersten politischen und sozialen Kenntnissen, praktischer Erfahrung und theoretischer Schulung, unter ihnen unklare und unreife Streber und Abenteurer, die das EKKI später als »Abschaum der Menschheit« bezeichnete; aus »linken Zentristen«, deren Grundsatz- und Charakterfestigkeit nicht stark genug war, den Kampf gegen das parteierstörende skrupellose Treiben der »Ultras« energisch aufzunehmen und durchzuführen. An die Stelle zielgerichteter, lebensstrotzender Betätigung der Partei auf allen Gebieten, insbesondere an die Stelle der unentbehrlichen ideologischen und organisatorischen Kleinarbeit traten hohle Phraseologie und gewissenlose Demagogie, müßige Spielerei mit Formeln. Die »sportmäßige« Rechtshetze vergiftete das Leben der Partei, sie verhinderte in der Mitgliedschaft das Durchdenken der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen und Vorgänge, der vorliegenden Aufgaben, sie zersetzte die Geschlossenheit der Partei und untergrub ihre revolutionäre Aktions- und Werbekraft.

Der Ausfall der Maiwahlen 1924 verschleierte die Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der Führung. Er war – soweit er von der Betätigung der Partei abhing – eine Erbschaft der geistigen und organisatorischen Parteientwicklung unter anderer Leitung. Schon die Dezemberwahlen des gleichen Jahres offenbarten den völligen Bankrott der ultralinken Heilslehre und ihrer Praxis; der Verlust einer Position in den Gewerkschaften nach der anderen bestätigte ihn. Die Partei gewann nicht, sie verlor die proletarischen, die werktätigen Massen. Der *Parteitag zu Berlin 1925*⁴

⁴ Im Original unterstrichen. Hier und im Folgenden sind alle Unterstreichungen kursiv gesetzt.

mit seinen einstimmig gefassten Beschlüssen – einzig und allein gegen die Entscheidung der Beschwerdekommision fielen vier Stimmen – zeigte die ultralinke Führung auf dem Gipfel ihrer innerparteilichen Macht und dreisten Gewissenlosigkeit, aber gleichzeitig ihres Unvermögens, die Aufgaben der Partei auch nur richtig zu erfassen, geschweige denn sie zu lösen.

Nach unerhörten Niederlagen und Skandalen griff das EKKI im Sommer 1925 mit einem »Offenen Brief« ein. Dieser erweckte Hoffnungen auf die Gesundung der KPD, zu deren Nichterfüllung er selbst entscheidend beigetragen hat. Der »Offene Brief« war eine Halbheit und erwies das mit der Zeit immer mehr. Wohl veranlasste er den Sturz der alles [...]⁵ kompromittierenden ultralinken Führertrinität Maslow-Fischer-Scholem, allein ebenso ihre Ersetzung durch »Ultras« von nicht größerer Führungsqualität und von geringerer Geschicklichkeit. Er brachte die Spaltung der »Ultras« in Rebellen wider die Auffassung und Stellungnahme der Kommunistischen Internationale und in sich löblich Unterwerfende, Willfähige. Der Personalwechsel ward nicht ein entschiedener Kurswechsel. Das EKKI begnügte sich damit, ungetreuen Schiffsoffizieren das Steuer aus der Hand zu nehmen, jedoch es schreckte davor zurück, das von diesen falsch eingestellte Steuer mit kräftigem Ruck herumzureißen und damit das Parteischiff aus der Gefahrenzone zu bringen, in der es im Kreise trieb. Gewiss, der EKKI-Brief kritisierte scharf einzelne besonders hervorstechende Fehler und Mängel [...]⁶ der Parteitätigkeit – namentlich auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit –, besondere Gebrechen, die Verbrechen der Maslow-Zentrale waren, er enthielt Forderungen und Hinweise zu besserer Praxis. Jedoch er wertete die [...]⁷ Tatsachen und Vorgänge lediglich als »Abweichungen«, »Entgleisungen« von der richtigen grundsätzlichen und taktischen Linie und nicht als zwangsläufige Auswirkungen einer falschen grundsätzlichen und taktischen Einstellung. Er bescheinigte die unfehlbare Richtigkeit der Einstellung, der »Linie«, indem er das schützende Tabuzeichen »links« vor ihr aufpflanzte, das Kritik und Anregung schablonenmäßig als »rechte« Verstöße abwehren sollte.

Je länger um so mehr und um so greifbarer treten entgegen den vertrauenswürdigen Hoffnungen die Auswirkungen der Halbheit und Zweisplätigkeit des EKKI-Briefes in Erscheinung. Sie belasten den *Parteitag zu Essen 1927*, die erste Rechnungslegung der neuen Parteileitung über ihr Soll und Haben. Seit dem Berliner Parteitag 1925 ein Fortschritt des

⁵ Handschriftliche Einfügung, mehrere Worte wurden nicht entziffert.

⁶ Handschriftliche Einfügung, mindestens zwei Worte wurden nicht entziffert.

⁷ Ein Wort wurde nicht entziffert.

inneren Lebens. Eine positive Kritik an der Parteitätigkeit kann zu Wort kommen. Sie zeigt den Weg zu der dringlichen Aufgabe, die Mehrheit der ausschlaggebenden Arbeiterschichten, die schaffenden Massen zu erobern. Anknüpfung an deren brennende Tagesnöte, aktivste, treue Vertretung ihrer Tagesforderungen in wirtschaftlichen, politischen Kämpfen, die bewusst dem Ziel dienen, alle Illusionen von dem befreienden Wert der formalen bürgerlichen Demokratie und sozialer Reformen zu zerstören, und die Erkenntnis, den Willen, das Handeln der Ausgebeuteten und Unterdrückten auf die Eroberung der Staatsmacht zu konzentrieren.

Kristallisationsachse der Kritik ist die Forderung eines Aktions- oder Kampfprogramms. Die entschiedensten Anhänger der Forderung treten für das sogenannte Brandlersche Aktionsprogramm ein, das unter anderem die Produktionskontrolle heischte. Sie unterliegen als angebliche Verfechter »rechter Tendenzen«. Die Forderung der Produktionskontrolle, deren Bedeutung man verschieden werten kann, wird insbesondere als »opportunistisch« in einem Falschurteil verpönt, das Zweckmäßigkeit und Prinzip verwechselt. Die Zentrale anerkennt später die Notwendigkeit eines Aktionsprogramms, indem sie gegen den Vorschlag des Genossen Brandler⁸ einen eigenen Entwurf ausarbeiten lässt, ein unreifes Sammelsurium, das vor der Veröffentlichung eingestampft wird.

* * *

Ungeachtet von Widersprüchen und Schwächen hatte der Parteitag zu Essen ein Tor aufgestoßen, durch das frisches, kräftiges Leben in das durch ultralinke Tendenzen abgesperrte Parteihaus strömen konnte. Vorausgesetzt, dass das Tor offenblieb, ja weiter aufgetan wurde. Die Hoffnung belebte sich, dass in Wahrheit und Tat der Anfang zum Ende der Herrschaftsperiode der ultralinken Phrasenpolitik und des ultralinken Organisationsknüttels⁹ gemacht sei. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Fruchtbarkeit der proletarischen Einheitsfronttaktik wird mehr

⁸ Heinrich Brandler aus Reichenberg (heute Liberec), Parteiname: Joseph (1881–1967), war Mitbegründer der »Gruppe Internationale« (Spartakusgruppe) und der KPD und 1921 sowie 1923/24 ihr Vorsitzender; bis Anfang 1924 einer der einflussreichsten Führer der KPD, wurde er von 1924 bis 1928 in Moskau festgehalten (»komintern-iert«) und ab 1929 zusammen mit August Thalheimer (1884–1948) Vorsitzender der antistalinistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition [KPD-O]); er emigrierte 1933, zuletzt nach Kuba; ab 1949 lebte er u. a. in Hamburg; eine ihm von SED-Chef Walter Ulbricht (1893–1973) durch einen Emissär angebotene Übersiedlung in die DDR lehnte er ab.

⁹ So im Original.

und mehr wirksam. Zögernd und schüchtern setzt oben und unten eine Konzentration der Kräfte ein, die in organisatorischer und ideologischer Geschlossenheit mit der Partei unter Führung der Kommunistischen Internationale kämpfen wollen. Allein es stellt sich nach und nach heraus, dass in der einen oder anderen Hinsicht die Parteiführung wohl einen guten Anlauf genommen hat, dass ihr indessen ultralinke Beängstigungen den Atem rauben, den eingeschlagenen Kurs entschlossen weiter zu verfolgen. Die zickzackt eine Zeitlang zwischen vorwärts und rückwärts hin und her, nicht lange und Ultralinks ist wieder Trumpf für Parteieinstellung und Parteilichtigkeit.

Die erste großzügige Anwendung der proletarischen Einheitsfronttaktik in der Kampagne für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten¹⁰ hatte der Partei einen guten Zuwachs an Vertrauen und Einfluß unter den breitesten werktätigen Massen gebracht. Der erworbene Schatz geht zum großen Teil wieder verloren, weil sich die Partei nicht durch weitere politische Einheitsaktionen, durch die Schaffung organisatorischer Stützpunkte dafür und durch emsige Kleinarbeit in den überparteilichen Organisationen mit den Massen stark verbindet. Der Kongress der Werktätigen erhärtet das.¹¹ Die Massen, die kurz zuvor dem Sammelaufmarsch der Kommunisten gefolgt sind, haben sich wieder zerstreut. Nach Inhalt, Umfang und organisatorisch nicht gut vorbereitet, bleibt der Aufmarsch und Vormarsch der Werktätigen auf dem Kongress weit zurück hinter den Erwartungen, hinter seiner möglichen Werbe- und Kampfeskraft. Das Aufkommen und das Wachstum von Splitterparteien mit kleinbürgerlich-antigroßkapitalistischen Zielen, vor allem aber die anschwellende Gefolgschaft der Sozialdemokratie und der Nationalsozialen beweisen, dass die Partei außerstande war, die gewonnenen Massen festzuhalten.

Nach der beschämenden Niederlage bei den Dezemberwahlen 1924 sind die 3,2 Millionen kommunistischer Stimmen bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 ein anerkennenswerter Erfolg. Doch neben ihm steht die

¹⁰ Ein Volksentscheid zur Fürstenenteignung hatte 1926 stattgefunden. Initiiert von KPD, SPD und Gewerkschaften unter der Losung »Kein Pfennig den Fürsten!«, sollte das Vermögen der bis 1918 regierenden deutschen Dynastien entschädigungslos enteignet werden. Am 20. Juni 1926 stimmten 14,45 Millionen Menschen für das Gesetz. Um das Quorum zu erreichen, wäre jedoch die Zustimmung der absoluten Mehrheit aller Wahlberechtigten (ca. 20 Millionen Stimmen) erforderlich gewesen. Da die Gegner der Enteignung (Bürgerliche, Reichswehr, Kirchen) massiv zur Nichtwahl aufriefen, wurde diese Hürde verfehlt und das Begehren war gescheitert.

¹¹ Im Dezember 1926 fand in Berlin ein »Kongreß der Werktätigen« statt, auf dem u.a. der KPD-Politiker Fritz Heckert sprach. Die KPD versuchte damals, mit solchen Versammlungen die Arbeiterschaft für ihre Einheitsfrontpolitik zu gewinnen.

peinliche Tatsache der 9 Millionen, die noch immer der Sozialdemokratie vertrauen. Im Verlauf von vier Jahren hat die KPD im Reichsdurchschnitt von je 100 sozialdemokratischen Wählern erst einen einzigen zurück-erobert. Im Reichsdurchschnitt entfielen auf je 100 Sozialdemokraten kommunistische Stimmen: im Mai 1924 mehr als 60%, im Dezember 1924 nur noch 24[%], im Mai 1928 erst 35[%]. Unter den Proletariern des Ruhrgebiets hatte unsere Partei einen Verlust von 10.000 Stimmen zu tragen. Der Massentritt¹² sozialdemokratischer und nationalsozialer Wähler bei den jüngsten Landtagswahlen in dem hochindustrialisierten Sachsen¹³ betonte den geschichtlichen Sinn und die Mahnung der Reichstagswahlen für die KPD.

Die katastrophale Niederlage bei der Anti-Panzerkreuzer-Kampagne¹⁴ im Herbst 1928 zerfetzt grausam-gründlich das billige Märchen, dass die revolutionäre Qualität der angeblich rein proletarischen kommunistischen Wähler die Qualität der angeblich überwiegend kleinbürgerlichen sozialdemokratischen Gefolgschaft ausgleiche. Die Mehrzahl der Millionen künftigen Barrikadenkämpfer, denen die »Rote Fahne« nach den Reichstagswahlen auf Vorschuss Lorbeerkränze gewunden hatte, bringt¹⁵ nicht den Mut auf, der Parteilosung getreu in öffentlicher Abstimmung den Volksentscheid zu fordern. Von taktischen Fehlern und organisatorischen Versäumnissen abgesehen, ist das klägliche Ergebnis der Kampagne die Quittung darüber, dass die Parteileitung nicht sofort nach den Wahlen in einem scharf grundsätzlich gerichteten Aufruf an die Massen herantrat, durch ein hieb- und stichfestes aktuelles Kampfprogramm ihre Wähler an sich fesselte, noch neue Gefolgschaft warb. Drei Wochen verstreichen nach der Wahl ohne offizielle Kundgebung, das unerlässliche umfassende Kampfprogramm bleibt aus, d. h. die Partei ist ohne feste, zielsetzende Führung für die rasche Ausnutzung des errungenen Erfolgs. Die Zentrale wartet den Eintritt der Sozialdemokratie in die Koalitionsregierung ab, ehe sie spricht, und sie spricht unvollständig. Sie macht also die Aktivität der Partei abhängig von der formalen Bescheinigung eines Ereignisses, das seinen verderblichen Schatten lange im voraus geworfen hatte, und lässt sich das Gesetz ihres Handelns vom Feinde vorschreiben, Passivität und Opportunismus.

¹² So im Original.

¹³ Am 12. Mai 1929 gewannen im Vergleich zur vorigen Landtagswahl die SPD mit 34,2% 2,1% und die NSDAP mit 5% gewann 3,4% hinzu, während die KPD mit 12,8% 1,7% verlor.

¹⁴ Vgl. Clara Zetkin an das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU, 8. Dezember 1928; in: Jörn Schütrumpf (Hrsg.) (2026): Clara Zetkin – Die Briefe 1914 bis 1933. Band 3/1 und 3/2: Die Restaurationsbriefe (1924–1933), Berlin.

¹⁵ Im Original: »bringen«.